Meinung

Jakob Augstein Im Zweifel links

Grenzen des Gesetzes



Was haben die Burka und Gina-Lisa Lohfink gemeinsam? Sie erinnern uns daran, dass die Frage nach der Selbstbestimmung der Frau offen ist! Wer hätte gedacht, dass die Debatte über die Kutte und der Streit um das Model uns so unvorbereitet finden würden? Der feministische Diskurs ist längst nicht beendet. Wenn wir eine Sache gelernt haben in den vergangenen Wochen, dann diese: Die weibliche Autonomie bleibt gefährdet.

Von den entgegengesetzten Enden des Debattenbogens her fliegt uns das Thema um die Ohren. Was könnte weiter voneinander entfernt sein als die Burka, der Ganzkörperschleier aus Afghanistan, und das auf den Ruhm der Medienwelt erpichte Starlet aus Seligenstadt in Hessen? Aber im Extrem klären sich die Dinge. Die Burka ist berüchtigt für ihre maximale Verhüllung. Frau Lohfink wurde bekannt durch ihre maximale Enthüllung. Weil die Burka die Frau als Mensch in der Öffentlichkeit verschwinden lässt, wurde sie zum Symbol weiblicher Unterdrückung. Dasselbe lässt sich von Frau Lohfink sagen, obwohl sie stets bemüht war, sich in der Öffentlichkeit maximal zur Schau zu stellen.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren: Auch der Gerichtsprozess, den sie diese Woche in erster Instanz verloren hat, hat für Frau Lohfink diesen Zweck erfüllt – Öffentlichkeit. Vor Gericht hat sie geschwiegen, aber im Fernsehen redete sie. Wer das verfolgt hat, zweifelt nicht daran, dass diese Frau ein Opfer ist. Im juristischen Sinne gab es weder Missbrauch noch Vergewaltigung, das hat das Gericht jetzt festgestellt. Aber im übertragenen Sinn gibt es keine trefferenden Worte für das, was Frau Lohfink sich selber zumutet.

Mit Menschen, die zwischen Selbstbild und äußeren Zuschreibungen ihre Orientierung verlieren, kann grausames Schindluder getrieben werden. Auf Sat.1 sagt Frau Lohfink: „Bei mir sieht man immer nur die Brüste.“ Man sollte darum vielleicht Mitleid mit ihr haben. Ebenso, wie man vielleicht mit einer Frau Mitleid haben sollte, die unter ihrer Burka als Frau gar nicht mehr zu erkennen ist.

Nun soll die Burka in Deutschland in bestimmten Situationen verboten werden. Gleichzeitig wird das Sexualstrafrecht verschärft. Ob zu Recht oder zu Unrecht – der Fall Lohfink spielte bei der vorausgehenden Debatte eine Rolle. Beide Maßnahmen sollen helfen, die Selbstbestimmung der Frau zu stärken.

Aber es ist fraglich, ob Selbstbestimmung auf diese Weise erreicht werden kann. Denn was ist der Sinn eines Gesetzes? Soll es Menschen erziehen? Oder soll es sie schützen? Soll es die Gesellschaft mit Regeln versorgen? Oder die Strafverfolgungsbehörden mit Mitteln der Sanktion?

Später, wenn Gerichte diese Gesetze anwenden müssen, wird man erkennen: Beides zugleich – Erziehung und Schutz, Regel und Sanktion – ist schwer zu erreichen.

An dieser Stelle schreiben Jakob Augstein, Jan Fleischhauer und Markus Feldenkirchen im Wechsel.

Kittihawk



Seidene Tücher

So gesehen *Der Bundestag ist mal wieder missverstanden worden.*

Der frühere Kanzleramtschef Ronald Pofalla hat als CDU-Abgeordneter in vier Jahren Schreibgeräte der Marke Montblanc für 14 722,32 Euro gekauft, darunter fünf Füller, fünf Drehbleistifte und zwei Brieföffner. Auch Abgeordnete anderer Parteien haben Tausende Euro für Montblanc-Produkte ausgegeben, weil sie einfach schön aussehen und gut in der Hand liegen. Diese Anschaffungen wurden mit Steuergeldern getätigt, wie die „Bild“-Zeitung enthüllte. Der Recherche der Kollegen gilt unsere Anerkennung, ihre Empörung jedoch ist fehl am Platz, weil sie den tieferen Sinn hinter den Käufen übersehen: die Wiederbelebung alter Kulturtechniken. Füllfederhalter oder Brieföffner sind akut vom Aussterben bedroht. Die Abgeordneten haben diesem Trend nun den Kampf angesagt. Das ist löblich, darf aber nur der Anfang sein. Nach dem Motto „Es gibt sie noch, die guten Dinge“ sollte der Bundestag seiner Vorbildfunktion gerecht werden und die Bestellpraxis ausweiten, um weitere Kulturgüter vor der gefräßigen Moderne zu schützen. Erforderlich wäre etwa die Anschaffung seidener Taschentücher (knapp 50 Euro) oder der guten alten Rasierpinsel aus Dachshaar (etwa 70 Euro). Und wie wäre es, ganz verwegen, mit einem Jahresabo von Print-Magazinen, so richtig mit Papier und schön gedruckt? Natürlich müsste Bundestagspräsident Norbert Lammert (sechs Füllhalter schwarz, Modell Hommage à Frédéric Chopin) dafür die Kostenpauschale ausweiten. Das Ganze soll ja nicht zulasten der Schreibgeräte gehen.

Ralf Neukirch